



Hohe US-Zölle in Kraft – jetzt weiterverhandeln und Standort Schweiz stärken

Das Wichtigste in Kürze:

- Die Schweiz konnte innert Frist keine Vereinbarung mit den USA abschliessen.
- Der Zollsatz von 39 Prozent ist ab heute in Kraft und stellt eine massive Belastung für die Schweizer Wirtschaft dar.
- Der Bundesrat ist angehalten, die Verhandlungen mit den USA mit höchster Priorität fortzusetzen. Eine möglichst rasche Einigung zur Reduktion der Zölle ist dringend. Dabei ist ein geschlossenes Auftreten von Landesregierung und Wirtschaft zentral.
- Gleichzeitig braucht es jetzt dringend ein Massnahmenpaket zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts.

Der Schweiz ist es bislang nicht gelungen, eine Vereinbarung zur Senkung der US-Zölle zu erzielen. Ab sofort unterliegt die Schweiz einem unverhältnismässig hohen Basiszollsatz von 39 Prozent. Die neuen Zölle treffen die exportorientierte Schweizer Wirtschaft massiv. Sie belasten die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf dem US-Markt stark, gefährden langjährige Handelsbeziehungen und bringen tausende Arbeitsplätze ernsthaft in Gefahr. Das wirtschaftliche Risiko für den Standort Schweiz steigt dadurch erheblich.

Gespräche mit den USA mit höchster Priorität fortsetzen

Der Bundesrat ist angehalten, die Verhandlungen mit den USA mit höchster Priorität fortzusetzen. Eine rasche Einigung zur Reduktion der Zölle ist zwingend erforderlich. Für die Schweizer Unternehmen steht viel auf dem Spiel: Ohne eine dauerhafte Beilegung des Zollstreits drohen Schweizer Unternehmen erhebliche Nachteile auf ihrem bedeutendsten Exportmarkt USA.

Derweil ist gerade angesichts dieser hohen Zölle Besonnenheit gefragt. Für eine möglichst rasche Einigung mit den USA ist entscheidend, dass die Landesregierung und die Wirtschaft geschlossen auftreten. Ein koordiniertes und geeintes Vorgehen ist von zentraler Bedeutung. economiesuisse plädiert bei der Lösung des Zollstreits für einen gesamtheitlichen Ansatz. Es kann nicht sein, dass einzelne Wirtschaftssektoren gegeneinander ausgespielt werden.

Es braucht ein Massnahmenpaket zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts

Auch die Schweizer Politik muss nun entschlossen handeln. Es braucht dringend ein Massnahmenpaket zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Die Schweizer Wirtschaft darf nicht durch weitere Gesetze und Verordnungen eingeschränkt und belastet werden. Zudem ist es zentral, die Kostenlast für Unternehmen und Arbeitnehmende zu reduzieren.

Gleichzeitig ist die Schweiz als offene Volkswirtschaft auf den bestmöglichen Zugang zu Märkten auf der ganzen Welt angewiesen. Wichtig sind ein gesicherter Marktzugang zum EU-Binnenmarkt sowie Freihandelsabkommen weltweit. Ein rasches Inkrafttreten der Abkommen mit Mercosur, Vietnam, Thailand und Malaysia sowie eine Aktualisierung derjenigen mit China und Mexiko sind entscheidend.